



Dr. Martina Bunge
Mitglied der Linksfraktion im Bundestag
Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

infobrief

www.martina-bunge.de

10. Juni 2008

Kindergesundheit: Armut bekämpfen, Präventionsgesetz einführen

Hunderttausende Kinder und Jugendliche haben gesundheitliche Probleme. Sie leiden unter Übergewicht, sind psychisch auffällig und erkranken zunehmend chronisch. Die Bilanz für Kinder aus ärmeren Familien, vor allem auch von Migranten, ist erschreckend. In diesen Familien gibt es deutlich mehr Kinder, die ein Geburtsgewicht von weniger als 2.500 Gramm haben. In der Folge sterben Neugeborene häufiger. Vorsorgeuntersuchungen werden seltener wahrgenommen und die Kinder erkranken öfter an Masern, Mumps oder Röteln. Selbst von Verkehrsunfällen sind sie mehr betroffen als andere Heranwachsende.

Arme Kinder laufen eher Gefahr, krank zu werden und auch später zu bleiben, denn Probleme im Kindesalter wirken in vielen Fällen ein Leben lang nach. Handeln tut Not. Oberstes Ziel muss sein, allen Menschen die Chance für ein gesundes Leben zu sichern.

Bundesregierung verteilt weiße Salbe

Die Bundesregierung hat jetzt eine Strategie zur Förderung der Kindergesundheit vorgelegt. Bei genauem Hinsehen stellt man enttäuscht fest: Das Wenigste ist neu und manches sollte – wie im Falle des Nationalen Aktionsplanes Ernährung und Bewegung („fit statt fett“) – bereits seit über einem Jahr vorgelegt sein. Im Wesentlichen bündelt die Bundesregierung bereits erfolgte oder laufende Maßnahmen, bei denen es sich überwiegend um Einzelinitiativen zur Vorbeugung und Aufklärung handelt. Damit erreicht sie vor allem diejenigen, die sich bereits aktiv um ihre Gesundheit kümmern – mit dem Ergebnis, dass gesundheitliche Ungleichheiten sogar verstärkt werden. Es handelt sich also um „weiße Salbe“, die bekanntlich beruhigen soll, aber nicht wirklich hilft.

Arme Eltern – arme Kinder

Den Hauptmangel bei den Regierungsvorhaben sehe ich darin, dass sie die Ursachen für die gesundheitlichen Ungleichheiten ausblenden. Über 2,5 Millionen Kinder leben in Armut, ihren Familien fehlt es an Geld für gesunde Ernährung, Sport- und Freizeitaktivitäten, Kleidung und Bildung. Gerade einmal rund ein Euro steht den Kindern in Hartz-IV-Familien pro Tag für die Mittagsmahlzeit zur Verfügung. Arme Familien leben in schlechteren Wohnungen. Ihre Kinder müssen häufig zu Hause bleiben, wenn andere in Urlaub fahren und sich erholen.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Die Bundesregierung geht mit ihrer Strategie gegen Symptome von Krankheiten vor, die sie selbst geschaffen hat.

Armutsbekämpfung muss ganz oben stehen, wenn es um Kindergesundheit geht. Deshalb verlangt die Linksfraktion im Bundestag in einem ersten Schritt die Anhebung des Kinderregelsatzes bei Arbeitslosengeld-II-Empfängern auf mindestens 300 Euro

(zurzeit liegt die Summe für Kinder bis 14 Jahren bei 208 Euro, für ältere Kinder bei 278 Euro). Außerdem wollen wir höhere Kinderzuschläge sowie eine Aufbesserung des Kindergeldes. Dies wäre eine Grundlage, um zu einer bedarfsgerechten, eigenständigen Kinder-Grundsicherung von mindestens 420 Euro zu kommen. Vor allem aber muss etwas gegen die Armut der Eltern getan werden. Ein Mindestlohn in Höhe von 8,44 Euro pro Stunde ist überfällig.

Präventionsgesetz muss her

Gegenakzente könnte auch ein Präventionsgesetz setzen. Zwar sind Gesundheitsförderung und Prävention keine Allheilmittel. Aber Projekte und Initiativen, die an den Lebensumständen der Menschen ansetzen, könnten zu mehr Gesundheit und Wohlbefinden beitragen. An solchen Projekten fehlt es. Nur fünf Prozent der bisherigen Ausgaben für Prävention knüpfen an den Lebenswelten an. Mit einem Präventionsgesetz könnte die Mittelverteilung anders gestaltet werden. Doch die Koalition legte das Präventionsgesetz vor kurzem auf Eis, weil die Union nicht mitzieht.

Verstetigung statt Aktionismus

Ein Präventionsgesetz ist auch eine Voraussetzung für eine funktionsfähige, flächendeckende Infrastruktur, die erforderlich ist, um die Prävention zum Fundament der Gesundheitspolitik zu machen. Nur so kann das große Engagement, das es vielerorts gibt, zum Tragen kommen. Meist erhalten die Projekte für ein, zwei oder auch einmal drei Jahre eine Unterstützung. Danach geht häufig vieles den Bach runter, denn allein mit Enthusiasmus ist solche Arbeit nicht zu leisten.

Die bisher zumeist nur befristeten Einzelvorhaben müssen auf dauerhafte Grundlagen gestellt und flächendeckend ausgeweitet werden. Verstetigung statt Aktionismus ist gefragt.

Stress und Versagensängste bekämpfen

Die Folgen von Kinderarmut zeigen sich zunehmend in psychosomatischen Erkrankungen. Kopf- und Bauchschmerzen, Depressionen und Versagensängste sind längst keine Seltenheit mehr. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation werden im Jahr 2020 die häufigsten Erkrankungen psychischer Natur sein.

Forschungsergebnisse belegen, dass Gesundheit und Wohlbefinden den Dreiklang von gesunder Ernährung, mehr Bewegung und Stressbewältigung brauchen. Stress zeigt sich auf viele Weise und zumeist ist der Einzelne kaum – und ein Kind schon gar nicht – in der Lage, das, was krank macht, aus eigener Kraft auszuschalten.

Familien, die in einer zu kleinen Wohnung an einer Hauptverkehrsstraße wohnen und nicht in eine andere, ruhigere Gegend ziehen können; Kinder, die in zu großen Klassen lernen; Jugendliche, die zu Hause bleiben müssen, wenn andere auf Urlaubsreise gehen ...

Fazit

Aufwachsen in Armut hat also vielfältige erhebliche Konsequenzen. Notwendig ist ein Maßnahmenpaket, das über Armutsbekämpfung, die Aufwertung von Prävention und Gesundheitsförderung bis hin zu einer anderen Bildungspolitik reicht.